Landtag
Nordrhein-Westfalen
15. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 15/52
03.11.2010

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

4. Sitzung (öffentlich)

3. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **3**

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt 2 „UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen“ auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

Vorlage 15/136

Einzelplan 05

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion die LINKE, den **Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.**

3 Durch den Petitionsausschuss als Material gemäß § 93 Geschäftsordnung des Landtags überwiesene Petitionen zum Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Schule und Weiterbildung **15**

Petition 14-P-2009-21588-00

Der Ausschuss kommt überein, den Petitionsausschuss darüber in Kenntnis zu setzen, dass sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung mit der Petition beschäftigt hat.

4 Verschiedenes **17**

a) Anhörung zum Antrag „Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen!“ der Fraktion die Linke Drucksache 15/130 sowie zum Entschließungsantrag „Die Bildungschipkarte zielt am Problem vorbei – Wir brauchen bedarfsgerechte Kinderregelsätze!“ der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

b) Vorlage des Ministeriums zur Entscheidung der Schulkonferenz in Ascheberg

* * *

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

Vorlage 15/136[1]

Einzelplan 05

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) dankt dem Ministerium zwar für die Beantwortung der Fragen seiner Fraktion, kritisiert zugleich jedoch, dass er die Antworten erst gestern Nachmittag erhalten habe, obwohl die Vorlage das Datum vom 26. Oktober 2010 trage.

Gleichwohl ergebe sich aus der Beantwortung, dass die alte Landesregierung trotz entsprechender Demografieeffekte 8.000 Stellen im System belassen und somit eine ganz erhebliche Zahl zusätzlicher Stellen geschaffen habe. Allerdings bitte er um eine exaktere Aufstellung über die Zahl der in der vergangenen Legislaturperiode tatsächlich geschaffenen Stellen. Angeblich fehlten 5.000 Stellen. Anstelle der Realisierung der 2005 vorgesehenen 16.000 Kw-Stellen seien seinerzeit 8.000 neue Stellen eingestellt worden.

Zudem ergebe sich aus dem Dokument der Landesregierung die Besetzung zu mehr als 100 % – auch wenn das Ministerium darauf hinweise, dass es bei Durchschnittszahlen immer auch unterdurchschnittliche Ergebnisse gebe.

Grundsätzlich bleibe festzustellen, dass bei einem Nachtragshaushalt von 2,3 Milliarden € die Erhöhung des Schuletats von 13,95 Milliarden € auf 13,98 Milliarden € keine Verantwortung für den seiner Ansicht nach unverantwortlichen Nachtragshaushalt trage.

Sigrid Beer (GRÜNE) dankt ebenfalls für die Ermittlung der Vorlage, die jedoch in der Tat recht spät gekommen sei, um sie zur heutigen Sitzung zu betrachten.

Sie erinnert an die Diskussion kurz vor der Landtagswahl über die Beantwortung zweier Großer Anfragen zum Thema Bildungsgipfel und zur Stellensituation in den Schulen. Die zusätzlichen Stellen seien nicht in den Schulen angekommen. Dies liege an der Schaffung von Mehrbedarfen in den Schulen wie etwa Englisch in der Grundschule. Allein das G8 nehme 2.400 Lehrerstellen in Beschlag.

---

[1] Die Ergänzung der Landesregierung zur Vorlage 15/136 ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ein weiteres Problem ergebe sich aus den Vorgriffstunden, die man wieder zurückgeben müsse, die den Schulen ebenfalls nicht zur Verfügung stünden. Auch sei die Altersteilzeit nie wirklich ausgeglichen worden. Es ergebe sich also eine tatsächliche Lücke.

Von den Bezirksregierungen wisse man um die Deckung von Grundbedarfen gerade bei den Grundschulen aus zusätzlichen Budgets für die Integrationsstellen oder zum Teil auch für den Sozialindex. Andernfalls wäre die Erteilung des Unterrichts nach der Stundentafel überhaupt nicht möglich gewesen. Hier bessere man den Nachtragshaushalt nach. Dadurch könne man nun auch in den Grundschulen wieder den Vertretungspool auffüllen. Gerade wegen der Bedarfe im gemeinsamen Unterricht freue sie sich über die 118 Stellen, weil man die zusätzlichen Plätze dringend benötige.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bekräftigt, CDU und FDP hätten in der letzten Legislaturperiode Tausende Lehrerstellen geschaffen. Dass die neue Landesregierung die Wichtigkeit erkenne, möglichst viele Lehrer im System zu haben, begrüße sie zwar; jedoch finanziere sie die an sich begrüßenswerten Bemühungen über Schulden.

Trotz der nicht schuldenfinanzierten Schaffung 8.000 zusätzlicher Lehrerstellen hätten SPD und Bündnis 90/Die Grünen den vergangenen Haushalten nicht zugestimmt. Dabei habe man doch im Gegenzug Tausende Stellen in der Verwaltung abgebaut, um die überbürokratische Last in Nordrhein-Westfalen in Angriff zu nehmen. In einmaliger Weise in Deutschland sei zudem der Bildungsetat auf über 40 % des Gesamthaushalts erhöht worden.

Bildung zur obersten Priorität der Landespolitik zu machen, halte sie für richtig. Dies dürfe jedoch nicht schuldenfinanziert geschehen. Dabei mache sich der Verzicht auf die Erhebung von Studienbeiträgen mit 250 Millionen € enorm bemerkbar. Diejenigen Hochschulen, die sich bislang sehr bemüht hätten, würden nun schlechter gestellt als bisher und nach dem Gießkannenprinzip bedient. Vor dem Hintergrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl hätten sich vielmehr ASten mit der Aufforderung an die FDP-Fraktion gewandt, die Studienbeiträge nicht aufzugeben.

Es handele sich um einen insgesamt nicht solide finanzierten Haushalt. Dazu trage auch der vorliegende Teilhaushalt bei, weshalb die FDP-Fraktion nicht zustimmen könne.

Sie halte es für richtig, die Fördersätze für den offenen Ganztag an den Grundschulen zu erhöhen. Jedoch setze die neue Landesregierung den falschen Anreiz, Lehrerstellenanteile zu kapitalisieren, indem man den kapitalisierbaren Anteil an den Beträgen, die den Besoldungen zugerechnet würden, ebenfalls erhöhe. Die alte Landesregierung hingegen habe als eine der ersten Handlungen die Lehrerstellenanteile im offenen Ganztag an den Grundschulen verdoppelt. Offenbar wünsche sich die neue Landesregierung weniger Lehrer in den Ganztagsgrundschulen. Dass man mit Honorarkräften anderer Professionen arbeite, stehe außer Frage. Diese Anteile auch

wegen der Tariferhöhungen zu erhöhen, begrüße ihre Fraktion. Damit bringe die neue Regierungskoalition jedoch ihr politisches Interesse zum Ausdruck, dass man die Lehrerstellenanteile möglichst kapitalisiere, sodass man im Ergebnis weniger Lehrer in die offenen Ganztagsschulen bringe.

Zusammenfassend könne ihre Fraktion inhaltlich vieles unterstützen, empfinde die Schuldenfinanzierung jedoch als problematisch, zumal man den geförderten Kindern eine große Last für die Zukunft aufbürde.

Sören Link (SPD) führt aus, seine Fraktion begrüße den Nachtragshaushalt, weil er überzeugend Punkte aufgreife, die seit Jahren im Argen lägen.

Er bedankt sich bei der Landesregierung für die Beantwortung der Fragen der CDU, die verdeutliche, dass es sich nicht so einfach verhalte, wie Prof. Dr. Thomas Sternberg es darstelle. So habe er in der vergangenen Legislaturperiode beispielsweise die zum Teil sogar rechtlich zwingende Schaffung zusätzlicher Stellen durch die alte Landesregierung nie bestritten, weil den Schulen zusätzliche Aufgaben zugemutet worden seien.

Es gelte daher, ein differenzierteres Bild von den Stellenzuwächsen und -nutzungen zu zeichnen, das Defizite aufzeige. In der letzten Legislaturperiode sei man sich über die mangelnde Besetzung an vielen Stellen einig gewesen, die man beseitigen müsse.

Er hebt hervor, dass die Landesregierung schon zu Anfang den Willen verkündet habe, beim Ganztag endlich die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen der letzten Jahre nachzuvollziehen, was zu mehr Geld für die Träger von sowie für die Angebote und für die Arbeitnehmer im Ganztag führe, die für die Qualität verantwortlich seien. Über die Qualität im Ganztag bestehe Einigkeit: Es gehe nicht um die Verwahrung der Kinder.

In diesem Zusammenhang begrüße er ausdrücklich die Möglichkeit der Schulen, entsprechende Mittel zu kapitalisieren, um vor Ort selbst entscheiden zu können, ob sie die Qualität mit Lehrern oder zusätzlichem externen Sachverstand erreichen wollten. Gerade das bedeute die Forderung nach selbstständigen Schulen.

Für guten Unterricht brauche man zudem gute Nachwuchslehrer, denen man gerade beim Berufseinstieg über die Erhöhung der Referendarstellen Planbarkeit und Sicherheit geben müsse. Tatsächlich habe die alte Landesregierung jedoch Menschen verunsichert. Darüber, dass man das bereits im Nachtragshaushalt umsetze, freue er sich sehr.

Sigrid Beer (GRÜNE) hält Ingrid Pieper-von Heiden vor, man diskutiere über den Nachtragshaushalt und nicht über Studiengebühren. Man versuche, die Versäumnisse der alten Landesregierung zu korrigieren. Bereits der ehemalige Finanzminister Linssen habe für die nächsten Jahre – allerdings ohne die in Rede stehenden Änderungen des Nachtragshaushalts – eine Neuverschuldung in Höhe von 6,6 bzw. 6,7 Milliarden € angekündigt. Soweit man wisse, hätten sich der Finanzminister und das Schulministerium darüber gestritten, inwieweit man die Demografieeffekte im

System belassen solle, da sie der Finanzminister in seiner mittelfristigen Finanzplanung herausgerechnet habe. In einer Presseerklärung etwa habe der damalige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers von einer Reduzierung um 20.000 Stellen gesprochen, was zwangsläufig auch Reduzierungen im Schulbereich hätte beinhalten müssen.

Die neue Landesregierung hingegen bekenne sich klar dazu, die Demografieeffekte im Ministerium zu belassen. Die „Zitrone Landesverwaltung“ sei personaltechnisch zwischenzeitlich ausgepresst, wie sich beispielsweise an der ihrer Meinung nach unglückseligen Verlagerung der Umweltverwaltung zeige. Dieses „Desaster“ unterstreiche die FDP, wenn sie dem Nachtragshaushalt nicht zustimme.

Renate Hendricks (SPD) erinnert daran, bei den Sozialindexstellen und der individuellen Förderung handele es sich um Projekte der alten Landesregierung. Die dafür versprochenen Stellen seien jedoch nicht an der Basis angekommen, was die neue Landesregierung nun umsetzen wolle.

Ingrid Pieper-von Heiden entgegnet sie, die meisten Stellen bei den offenen Ganztagsschulen seien bereits in der Vergangenheit kapitalisiert worden, was verdeutliche, wie die offenen Ganztagsschulen vor Ort die ihnen von der alten Landesregierung eingeräumten Möglichkeiten nutzten. Ingrid Pieper-von Heidens Kritik, die neue Landesregierung fordere nun die Kapitalisierung von Lehrerstellen, bezeichnet sie als Popanz.

Klaus Kaiser (CDU) meint, die Kritik der Opposition am Nachtragshaushalt richte sich vor allem gegen die Refinanzierung über Schulden. Sigrid Beer hält er vor, die Kommunen sparten seit Jahren, ohne Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Die neue Landesregierung hingegen glaube, Schulden durch neue Schulden begleichen zu können. Das halte er für keine nachhaltige Finanzpolitik. Demgegenüber lobt er die seiner Meinung nach solide Finanzpolitik der alten Landesregierung durch Umschichtung, die zwar schwieriger und konfliktreicher, aber nachhaltiger sei.

Er dankt dem Ministerium für die kurzfristige Beantwortung der Fragen, die zwei Mythen entlarve: Wie sich nun zeige, habe die alte Landesregierung mit 7.900 realisierten Stellen aus Demografiegewinnen wie im Wahlkampf behauptet tatsächlich annähernd 8.000 Stellen eingespart.

Zudem heiße es auf Seite fünf des Schreibens des Ministeriums:

> „Alle Bewerberinnen und Bewerber, die die persönlichen Einstellungsvoraussetzungen erfüllten, konnten zum jeweiligen Einstellungstermin in den Vorbereitungsdienst eingewiesen werden.“

Zudem zeige die Tabelle auf Seite vier einen Stellenaufwuchs von mehr als 4.000 seit 2005. Dies zeige, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Ausbildung stark vorangebracht habe.

Den vorliegenden Engpass halte er für eine Folge der unter der schwarz-gelben Landesregierung gestiegenen Attraktivität des Ausbildungsplatzes Nordrhein-

Westfalen für junge Lehrerinnen und Lehrer. Den Numerus clausus habe die alte Landesregierung lediglich aufgrund des Wahltermins und der damit verbundenen Verzögerung des Nachtragshaushalts eingeführt.

Durch den zweiten Einstellungstermin hätten die Wartezeiten für den Einzelnen und damit die Neigung, in andere Bundesländer abzuwandern, erheblich verringert werden können. Gleichzeitig habe sich dadurch die Attraktivität für Bewerber aus anderen Bundesländern erhöht.

Auf seine Frage nach den unbesetzten Stellen jeweils zum 1. August der Jahre 2001 bis 2010 finde er jedoch keine Antwort, weshalb er um entsprechende Nachreichung bitte.

Aus einer Pressemitteilung der Ministerin sowie aus Seite drei des Berichts gehe hervor, dass sogenannte Sozialindexstellen für Grund- und Hauptschulen entsprechend umgesetzt würden. Er möchte wissen, ob es sich dabei um eine Anweisung der damaligen Ministerin oder um eine Initiative der Fachebene des Ministeriums handele, um flexibel reagieren zu können.

Das sich aus dem Bericht des Ministeriums ergebende Lob für die alte Landesregierung nehme man natürlich gerne zur Kenntnis.

Als nicht haltbar hingegen erweise sich die Aussage von Hannelore Kraft, dass 5.000 Stellen fehlten. Darauf gehe das Ministerium in seinem Schreiben mit keinem Wort ein. Die Ministerin beziehe sich zudem auf andere Zahlen. Damit versuche man, mit Zahlen Politik zu machen.

Gunhild Böth (LINKE) hält die Ablehnung der Anträge Ihrer Fraktion durch die CDU-Fraktion, mit denen man die Einnahmesituation verbessern wolle, für nicht nachvollziehbar. Die CDU wolle also weder die Einnahmen erhöhen, noch bei den Ausgaben kürzen. Durch mehr Steuerprüfer etwa ließen sich viele der von Klaus Kaiser benannten Probleme lösen.

Zudem entnehme sie dem Schreiben der Landesregierung kein überbordendes Lob für die Arbeit der alten Landesregierung. So heiße es etwa bei den Ausführungen zu den Demografieeffekten: „Nach den Angaben der schwarz-gelben Landesregierung (…).“ Wie sich aus den Klagen der Schulleiter an die Bezirksregierungen vielmehr ergebe, stimme die offizielle Statistik nicht mit der realen Situation vor Ort überein. Selbst die Rheinische Direktorenkonferenz, die der Linken nicht besonders nahestehe, habe die Zahlen der Bezirksregierungen kritisiert, weil dieselben Personen für unterschiedliche Aufgaben gezählt worden seien.

Nach Ansicht Ihrer Fraktion warteten die Bürgerinnen und Bürger auf schnelle Veränderungen und nicht auf eine Abrechnung mit Schwarz-Gelb. Dies gelte zum Beispiel für das Problem der Deckelung im gemeinsamen Unterricht, das man nicht dadurch löse, dass man ein paar wenige Stellen hinzufüge.

Ähnlich verhalte es sich etwa mit dem Versprechen kleiner Klassen. Denn mit den zusätzlichen Stellen gleiche man lediglich die bekannten Versäumnisse der Vergangenheit aus. Ein Problem stellten auch der gemeinsame Unterricht sowie die Integra-

tion von Schülerinnen und Schülern mit natürlicher Mehrsprachigkeit dar. Was man aber nicht mit dem Nachtragshaushalt auf den Weg bringe, werde wohl nicht zum nächsten Schuljahr eingeführt werden können.

Der Nachtragshaushalt sehe Ausgleichsstellen für das Eignungspraktikum vor, das sie für eine eher „witzige“ Überlegung der alten Landesregierung halte. Warum die neue Landesregierung ausgerechnet dieses Instrument fortführen wolle, erschließe sich ihr nicht. Herrsche in Bezug auf die zukünftige Lehrerausbildung doch großer Klärungsbedarf. Dass die Schulen für die Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten in der ersten Phase der Ausbildung, des Studiums, eine Kompensation erhielten, finde sie richtig. Nach dem Haushalt handele es sich aber um ein bestimmtes Eignungspraktikum, was man erweitern solle.

Auch bei der Beschulung von Kindern mit Behinderung in den bestehenden integrativen Gruppen hätte sich ihre Fraktion erheblich mehr gewünscht, weshalb man beim Nachtragshaushalt noch einige Probleme sehe.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) weist auf die Angaben im Schreiben der Landesregierung zur Entwicklung der Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst zwischen 2001 und 2005 hin, die man ihr in der Beantwortung ihrer Kleinen Anfrage noch verweigert habe. Hier zeige sich eine klare Delle aufgrund rot-grüner Entscheidungen, die Schwarz-Gelb habe ausgleichen müssen.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen zu Berufskollegs auf Seite drei des Berichts weist sie darauf hin, dass von jeher Berufskollegs das größere Problem gewesen seien, und bittet um Mitteilung der aktuellen Bedarfsdeckungsquote an den anderen Schulformen.

Sigrid Beer entgegnet sie, zwar halte sie Bildung für prioritär; jedoch müsse man Prioritäten innerhalb der gesamten Landesregierung setzen, ohne weitere Schulden aufzunehmen.

Dass sich die WestLB problematisch entwickeln würde, sei bereits vor Schwarz-Gelb absehbar gewesen. Ohne die WestLB und den unvergleichlichen wirtschaftlichen Einbruch hätte Schwarz-Gelb im Jahr 2009 einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren können.

Ralf Witzel (FDP) erinnert Sigrid Beer in Bezug auf das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion an dasjenige der früheren Opposition. Dabei gehe es weniger um Einzelmaßnahmen, gegen die seine Fraktion ausdrücklich nichts einwende. Bei der Beschlussfassung müsse man jedoch das Gesamtpaket betrachten, das an vielen anderen Stellen nach Ansicht seiner Fraktion in der Gesamtschau verfassungswidrige Ausgaben vorsehe, was der Verfassungsgerichtshof NRW klären müsse.

Gegen eine Verschiebung von Mitteln in den Bildungsbereich sei nichts einzuwenden, was jedoch weitere Einschnitte und Stellenabbau nach sich ziehen müsse, wie von Schwarz-Gelb exerziert. Da sich Rot-Grün dem verschließe, könne man den Haushalt nur als nicht ausgewogen bezeichnen. Dies zeige sich etwa bei den Studiengebühren, die man trotz großer Akzeptanz und ohne Not – die Studierendenzah-

len stiegen trotz Studiengebühren weiter – abschaffe. Dabei handele es sich immerhin um dreistellige Millionenbeträge.

Sören Link (SPD) erwidert, bei Stelleneinsparungen handele es sich nicht um einen Selbstzweck. Die Ergebnisse der Stelleneinsparungen von Schwarz-Gelb besonders bei der Umweltverwaltung müsse man nun abarbeiten. Stelleneinsparungen könnten somit nicht nur zu keiner Entlastung, sondern sogar zu einer Gefährdung führen. Seine Fraktion werde keinen „Persilschein“ für Stellenabbau ausstellen.

Zudem müsse man differenziert über Stellen und die Personalsituation an Schulen sprechen. Die Schaffung von Stellen durch Schwarz-Gelb habe die SPD-Fraktion auch als Opposition nie bestritten. Bestimmte Instrumente wie den Sozialindex lobe er nach wie vor; man führe sie fort und entwickele sie weiter.

Jedoch hätten unbesetzte Stellen an den Schulen durchaus für Probleme gesorgt. Das ehrlich einzuräumen, stehe auch der heutigen Opposition gut zu Gesicht. Zum Ende der vergangenen Legislaturperiode seien zur Deckung des Grundbedarfs eindeutig etwa Stellen zur individuellen Förderung herangezogen worden, um den Bedarf an Berufskollegs zu decken. Diese Stellen seien aus dem System herausgezogen worden. Entsprechende Beispiele kenne wohl jeder Abgeordnete aus seinem Wahlkreis.

Was Rot-Grün den Schulen zusage, werde man auch einhalten. Dazu zähle, die Stellen für den Grundbedarf auch wirklich für den Grundbedarf zu verwenden. Gleiches gelte für die zusätzlichen Stellen des Sozialindexes.

Dass die Verschuldung steige, könne man in der aktuellen Situation nicht vermeiden. Ähnlich hätte vermutlich Schwarz-Gelb bei einem Wahlsieg reagieren müssen. Man steigere die Verschuldung nicht aus purer Lust. Rot-Grün setze politische Schwerpunkte und investiere etwa in Vorbeugung statt später in Reparaturen, da es sich dabei um sinnvolle Investitionen in die Zukunft handele.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) fasst zusammen, die Diskussion im Ausschuss lasse eine gewisse Anerkennung der Vorhaben der neuen Landesregierung in der Schulpolitik erkennen. Sie freue sich auf Vorschläge im abschließend votierenden Haushalts- und Finanzausschuss, wie man den Haushalt anders als durch Schulden finanzieren könne.

Der Nachtragshaushalt decke die Parameter und Vorhaben der neuen Koalition, die schulpolitische Verlässlichkeit ausmachten, ab. Nun heile man den Umstand, dass die von Schwarz-Gelb angelegten Vorhaben im Haushalt für das Jahr 2010 nicht hinreichend veranschlagt worden seien. Das reiche von den Ersatzschulen bis zu den Verschiebungen bei den Stellenplänen und der Entlastung für Personalvertretungsarbeit aufgrund von Gerichtsurteilen.

Ralf Witzel hält sie in Bezug auf die geplante Klage vor dem Verfassungsgerichtshof vor, mit dem Nachtragshaushalt heile die neue Landesregierung auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung festgestellte Versäumnisse ihrer Vorgängerin wie bei

Kitas und der von Schwarz-Gelb als Bürokratieabbau bezeichneten Verwaltungsmodernisierung.

Ihr sei sehr daran gelegen gewesen, das Papier ihres Hauses noch in der letzten Woche vorlegen zu können. Die anschließende Verzögerung nach ihrer Unterschrift am 26. Oktober 2010 könne sie nicht nachvollziehen.

Dadurch, dass die alte Landesregierung bestimmte Zusatzbedarfe etwa beim Ganztag, bei der individuellen Förderung oder bei Vertretungsreserven nicht in den Grundbedarf eingerechnet habe, hätten sich die angegebenen hohen Deckungsquoten ergeben. Damit habe man der Öffentlichkeit eine sehr gute Versorgung für das alltägliche Unterrichtsgeschehen suggeriert. Demgegenüber stehe die Diskrepanz der gefühlten Besetzung an den Schulen. Dabei unterstelle sie nach wie vor, dass Schwarz-Gelb in bester Absicht gehandelt habe.

Bereits bei der Vorstellung des ersten Plans der Vorgängerregierung durch den damaligen Staatssekretär habe sie verlangt, in einem Stufenplan darzulegen, was wann für welche Stellen vorgesehen werde, da man auf diese Weise hätte Transparenz schaffen können, dass es nicht alle Stellen auf einmal gebe. So etwas nehme sie sich nun vor.

Dass der Anteil der Stellen am gesamten Nachtrag nicht so hoch sei, liege natürlich daran, dass die 1.525 Stellen, die sie beim Finanzminister für die Schülerinnen und Schüler erkämpft habe, nicht zu 100 % finanziert würden, weil die Landesregierung davon ausgehe, dass der Nachtragshaushalt erst im Dezember verabschiedet werde. Insofern spreche man von einem Zwölftel. Damit schaffe man für die Folgejahre jedoch ein schönes Fundament, weil man die Stellen im nächsten Haushalt nicht wieder abziehe. Es handele sich mithin um einen nicht zu unterschätzenden Erfolg für die Unterrichtsversorgung der nächsten Jahre.

Ingrid Pieper-von Heiden erläutert sie, man habe bei den Lehrerstellen und den Honorarkräften im Ganztag keine Verschiebung vorgenommen, sondern die lang erwarteten 14 % angehoben, um zu verdeutlichen, dass das Personal, das zusätzlich an die Schule komme, vernünftig finanziert werden müsse. Sie halte nichts davon, die Lehrerinnen und Lehrer sowie andere Professionen an einer Schule gegeneinander auszuspielen. Alle seien für eine gute und gelingende Schule, für einen guten Lernerfolg und einen vielfältigen Ganztag wichtig, auf den alle hinarbeiteten.

Gunhild Böth entgegnet sie, sie halte es für richtig, in einem Haushalt, den man Ende August aufstelle, zu verdeutlichen, was auch für die Vorgängerregierung notwendig gewesen wäre. Man könne nicht alles aus der Koalitionsvereinbarung direkt umsetzen. Dazu arbeite man den Stufenplan aus. Sie wünsche sich eine jährliche Realisierung während der Legislaturperiode.

Die Zahlen zu den Einstellungsstellen und zu Einstellungskorridoren seien nach bestem Wissen und Gewissen dokumentiert. Sie bitte LMR Willi Knevels, sie zu ergänzen und die ganz aktuell vorgelegten Zahlen zu präsentieren und zu ergänzen.

LMR Willi Knevels (Ministerium für Schule und Weiterbildung) dankt Sören Link für seinen Hinweis auf zusätzliche Stellen in der letzten Legislaturperiode sowie auf den Verbleib der Demografiegewinne im System.

Fraglich sei nun, ob es sich gemessen an den Standards der alten sowie der neuen Landesregierung um ausreichend Stellen handele. Das müsse man eindeutig verneinen und zwar schon für das Schuljahr 2009/2010, in dem gemessen an den AVO-Richtlinien bereits 200 Stellen fehlten, worüber Ministerin Sommer den Landtag seinerzeit unterrichtet habe.

Klaus Kaiser antwortet er, die Arbeitsebene im Ministerium habe die Hausleitung darüber unterrichtet, dass im Schuljahr 2010/2011 rund 1.100 Stellen fehlen würden, um die gültigen Bedarfsparameter zu decken. Diese Stellen seien nicht in den Haushalt eingeflossen. Die Hausleitung habe mithin gewusst, dass es ein Defizit gebe. Die Not sei groß gewesen, weil man den Schulen zumindest Stellen zur Deckung des Grundbedarfs habe zur Verfügung stellen müssen.

Dazu habe man sich der 4.000 Stellen gegen den Unterrichtsausfall bedient, bei denen es sich nach damaliger Ansicht um zusätzliche Stellen gehandelt habe. Dies führe etwa zu dem Ergebnis, dass die Berufskollegien unter Inanspruchnahme von Stellen gegen Unterrichtsausfall für andere Schulformen gerade eben hingekommen seien. Dazu habe man den anderen Schulformen den entsprechenden Anteil an den Stellen gegen Unterrichtsausfall wegnehmen müssen wie etwa bei den Sozialindexstellen der Grund- und der Hauptschule.

Man dürfe unterstellen, dass die Hausleitung einen Vorschlag der Arbeitsebene prüfe. Die Hausleitung habe der Umschichtung der Sozialindexstellen zugestimmt.

Zudem sei gestattet gewesen, den Schulaufsichtsbehörden diesen Sachverhalt bekanntzugeben, die ihrerseits den Schulämtern entsprechend Auskunft geben müsse. Dieses Vorgehen sei also auf der Fachebene bekannt gewesen und lediglich öffentlich nicht kommuniziert worden.

Erst heute Morgen habe man festgestellt, dass die Beantwortung auf die Frage fehle, welche Stellen im August der Jahre 2001 bis 2010 unbesetzt gewesen seien. Man sei bis zum Jahr 2003 zurückgekommen. Diese Übersicht gebe man zu Protokoll.

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion die LINKE, den **Einzelplan 05 unverändert anzunehmen.**